

Arbeiter
Angestellte
Beamte



Arbeiter
Angestellte
Beamte

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

www.dstg-berlin.de/grollblatt

- Finanzamt 2010 - Wer hintergeht wen?

Die ablehnende Haltung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft gegen die Einführung des neuen Strukturmodells FA 2010 – insbesondere der Stufe 6 (Zusammenführung von Sachgebiet Festsetzung und Sachgebiet Erhebung zu einem Sachgebiet) – ist bereits hinlänglich im Steuer- und Grollblatt Nr. 5/2009 begründet worden.

In mehreren Gesprächen ist dem Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum erläutert worden, dass rechtliche Schwierigkeiten, der Verlust von steuerrechtlichen Kenntnissen – daraus resultierende Steuereinnahmeverluste – neben vielen berechtigten Vorbehalten der Beschäftigten gegen die Einführung der Stufe 6 sprechen. Obwohl die DSTG-Vertreter in diesen Gesprächen den Eindruck hatten, dass der Finanzsenator einsichtig war und das FA 2010 nur bis zur Stufe 4 oder höchstens Stufe 5 umsetzen wollte, irritierten die DSTG dann doch spätere Äußerungen von ihm wie: "Mir ist von niemandem ein schlüssiges Argument gegen die Einführung der Stufe 6 dargelegt worden!"

Wenn die im Steuer- und Grollblatt Nr. 5/2009 abgedruckte Stellungnahme keine schlüssige Argumentation darstellt, dann kann von einer objektiven Herangehensweise des Finanzsenators an das Gesamtproblem nicht die Rede sein.

Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass der Senator nicht bereit war, seine Verwaltung zu stoppen und ihr damit vor Augen zu führen, seit 2001 einen Weg in die falsche Richtung gegangen zu sein. Dieses kann aber von einem Senator verlangt werden, der gerade im Hinblick auf eine Haushaltskonsolidierung auf funktionstüchtige Finanzämter angewiesen ist.

Das Schreiben des Senators für Finanzen vom 27. November 2009 – abgedruckt im AIS unter Themen/Organisation/FA 2010 – entpuppt sich zu dem, wie das Schreiben von der DSTG seinerzeit empfunden wurde: Als ein fauler Kompromiss.

Der Finanzsenator führt in diesem Schreiben aus, dass ihm bewusst sei, dass Veränderungen insbesondere von lange bestehenden Strukturen bei den Mitarbeitern Ängste hervorrufen können und der Gewöhnung bedürfen. Hierfür habe er großes

Verständnis. Bei Fortführung des Prozesses nehme er darauf und auf die vorgetragenen Schwierigkeiten Rücksicht, indem er die zeitliche Vorgabe für den Umstellungstermin (Anm. 31.12.2010) öffne. Weiterhin wies er in dem Schreiben darauf hin, dass er seine Steuerabteilung gebeten hätte, mit den betroffenen Finanzämtern kurzfristig einen Termin für ein Gespräch im Hinblick auf die vorzunehmenden Abstimmungen eines individuellen Vorgehensmodells zu vereinbaren.

Nun ist aber die Irritation in den Finanzämtern sehr groß, wenn von den Vertretern der Senatsverwaltung für Finanzen davon gesprochen wird, dass dieses Schreiben des Senators von ihnen

>>> Seite 70

INHALTSVERZEICHNIS

- Finanzamt 2010 - Wer hintergeht wen?	69
dbb: Bürokratieabbau endlich angehen	70
Impressum	70
DSTG Bowling 2010	71
Herr Lehmann - Literatur und Wirklichkeit -	73
Beihilfebearbeitung weiterhin in der Kritik	75
DSTG-Service: „Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)“	76

- Finanzamt 2010 - Wer hintergeht wen?

Seite 69 >>>

so verstanden wird, dass der Termin 31. Dezember 2010 weiter besteht und nur einige wenige Ausnahmen vereinbart werden sollen. Der Eindruck verstärkt sich auch immer mehr, dass mit diesen Besuchen in den Finanzämtern im 1. Quartal 2010 die Vorsteherinnen und Vorsteher auf Umsetzungslinie 31. Dezember 2010 gebracht werden sollen.

Nun fragt sich die DSTG: Hintergeht die Senatsverwaltung mit einer absichtlichen

Fehlinterpretation des o.g. Schreibens die lauterer Absichten des Senators oder sind die Beschäftigtenvertreter mit dem Schreiben des Senators hintergangen worden, in dem ihnen ein scheinbares Entgegenkommen signalisiert wurde.

Aufklärung tut Not.

Letztendlich muss die DSTG zur Kenntnis nehmen, dass die neue Struktur zum FA 2010 ohne Rücksicht auf Verluste umgesetzt werden soll. Zeitliche

Verzögerungen sind ein lästiges Übel in den Augen der Senatsverwaltung und sollen vermieden werden.

Unter dem Finanzsenator Dr. Sarrazin standen wir vor dem Abgrund, die Senatsverwaltung für Finanzen scheint nunmehr im Begriff den nächsten Schritt zu tun.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wird nichts unversucht lassen, ein Umdenken beim Finanzsenator und in der Senatsverwaltung für Finanzen zu bewirken.

dbb: Bürokratieabbau endlich angehen

Der dbb lässt bei seiner Forderung nach einem Bürokratieabbau in Deutschland nicht locker. Der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Peter Heesen, sagte in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa: „Wir müssen für den Bürokratieabbau allesamt mehr tun.“ So komme auf die Bürger und die Öffentliche Verwaltung jedes Jahr ein neues Steuerrecht zu. Die Steuerbeamten kämen mit der Fortbildung nicht hinterher. Die Bürger durchblickten das Steuerrecht schon lange nicht mehr. Der dbb-Bundesvorsitzende wandte sich gegen eine „Regelungswut“ in Deutschland.

In der Bundesrepublik sei die Meinung verbreitet, dass man mit mehr Regeln eine größere Gerechtigkeit erzielen könne, sagte Heesen. Das Gegenteil sei aber der Fall. „Mit jeder Detailregelung schaffen Sie bei einem anderen den Wunsch, es genauso konkret zu machen“. Dabei entstünden neue Ungerechtigkeiten. Heesen forderte den Gesetzgeber auf, bei neuen Gesetzen nicht jedes Detail festzulegen. „Das wäre auch für die Beschäftigten in der Verwaltung wichtig, weil sie dann wieder Entscheidungskompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten mit Blick auf die Bürger hätten“.

Wegen der Arbeitsüberlastung hätten einige Finanzämter in Niedersachsen bereits Steuerbescheide an die Bürger geschickt mit der Anregung, dagegen Beschwerde einzulegen. Der Grund: Die Finanzämter hätten nicht mehr sicherstellen können, dass die Bescheide in Ordnung seien. Heesen nannte Beispiele für Bürokratieabbau: So gebe es heute keinen vernünftigen Grund mehr, die Kraftfahrzeug (KFZ)-Steuer gesondert zu erheben. Er regte an, diese stattdessen auf die Mineralölsteuer zu schlagen und zusammen beim Tanken abzurechnen.

Der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen schlug auch an, einem Wagen bei der Erstzulassung ein Kennzeichen zu geben, das es bis zur Verschrottung behält - auch bei Umzügen des Eigentümers. „Das wäre eine dramatische Verwaltungsvereinfachung. Entscheidend ist doch, dass die Nummer zu dem Eigentümer gehört und der Eigentümer erkennbar ist. Wer beispielsweise von Köln nach Berlin wechselt, könnte dann sein altes K-Nummernschild behalten, sich den Gang zum Straßenverkehrsamt und der Verwaltung Arbeit sparen.

DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

IMPRESSUM

DSTG

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb beamtenbund und tarifunion

Herausgeber: Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Mo: 9:00 - 18:00 Uhr Di - Do: 9:00 - 14:00 Uhr
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 E-Mail: info@dstg-berlin.de Internet: www.dstg-berlin.de

Verantwortlich für den Inhalt: Jürgen Köchlin

Redaktion: Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Frank Schröder, Henrik Vathke
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 10. des Monats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Ansicht der Redaktion überein.
Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.
© 2009 Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung mit Quellenangabe.

Fotos: DSTG Berlin Archiv, DSTG-Bundesleitung

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke

Kontoverbindung: Commerzbank AG Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr. 03 88 200 800

Gestaltung/Layout: Jürgen Köchlin

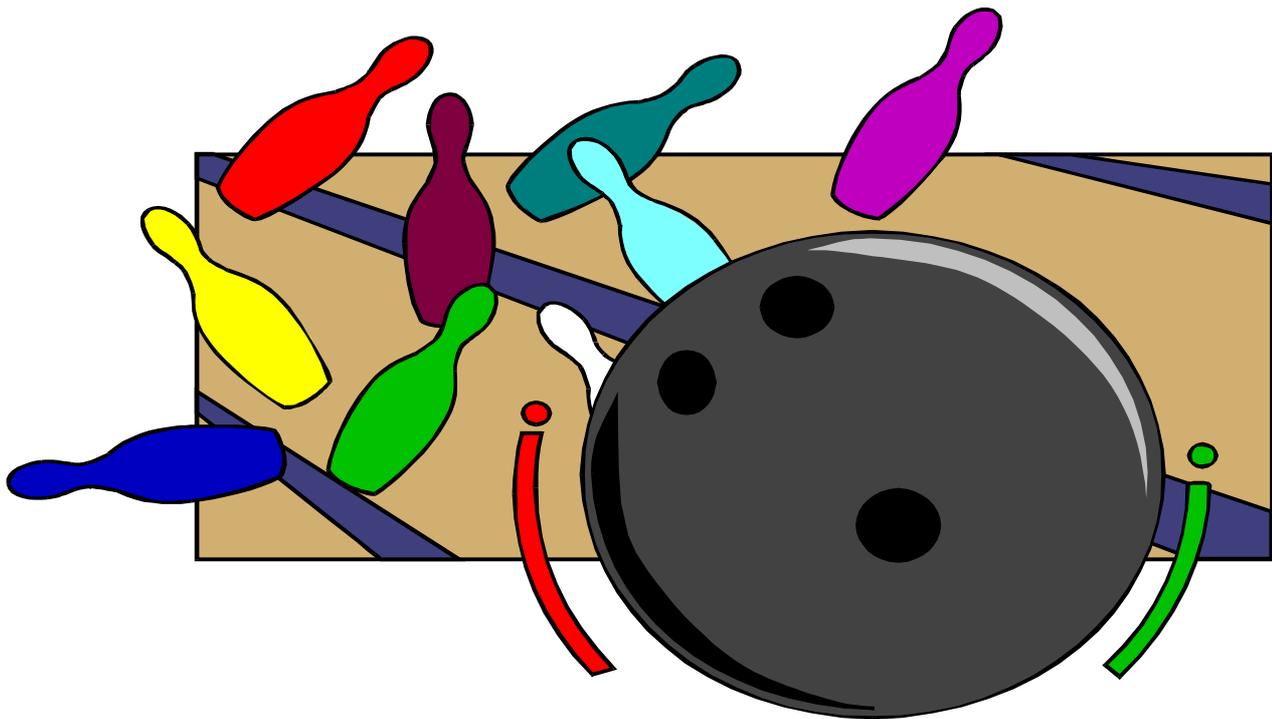
Druck: DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askanierring 155-156, 13585 Berlin (Spandau)
Telefon: 030 3752030 u. 030 3752832 Telefax: 030 3755226 E-Mail: druckerei.wichmann@t-online.de

Auflage: 8.100 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung 57. Jahrgang Ausgabe Nr. 11/2009

DSTG – BOWLING 2010

11./12. Februar – 18./19. März 2010

(jeweils Donnerstags ab 16:45 Uhr
oder Freitags ab 14:30 Uhr)



Ort:

Kaiserdamm 80 (Studio-Bowling)

Startgeld:

9,- € (pro Person und Spieltag)

Infos / Anmeldungen bei / an:

Wolfgang Haß

FA Wilmersdorf -Bp-Stelle- (schriftlich)

Tel. 9024 24555 (d.) - 672 33 60 (p.) – 0177-866 16 64 (Handy/SMS)

e-mail: w.hass@t-online.de

(bitte immer Ansprechpartner mit Telefonnummer angeben !)

Eine Veranstaltung der DSTG Berlin:

D I E S T A R K E G E W E R K S C H A F T

Herr Lehmann -Literatur und Wirklichkeit -

„Herr Lehmann“ ist der Titel eines Romans von Sven Regener, der 2003 verfilmt wurde. Die Handlung ist in Berlin-Kreuzberg im Sommer und Herbst des Jahres 1989 angesiedelt. Der Roman endet mit den Gedanken des „Herrn Lehmann“: „Ich gehe erst einmal los [...]. Der Rest wird sich schon irgendwie ergeben.“

Rainer-Michael Lehmann, ein Berliner Abgeordneter der FDP, handelt frei nach diesem Motto. Nachdem er wegen Steuer-rückstände Pfändungen seines zuständi-gen Finanzamts erhalten hatte (vgl. Pressemitteilung SenFin Nr. 07-058 vom 01.10.2007), hat er sich die Überprüfung der Finanzämter zur besonderen Aufga-be gemacht. Da Lehmann sein eigenes „Steuerschicksal“ mit der Bearbeitung einer Petition über Mobbing im Finanzamt FuSt verbindet, ist ihm nun insbesondere das Finanzamt FuSt ans Herz gewachsen.

Ausgestattet mit Insider-Informationen stellt der Pankower FDP-Abgeordnete seit Jahren sogenannte Kleine Anfragen im

Berliner Abgeordnetenhaus und überfällt die Senatsverwaltung für Finanzen mit diversen Anfragen. Diese Anfragen sind teilweise kurios, nicht immer zielführend und schießen oft über das Ziel hinaus. Der letzte Coup des Abgeordneten war die Anfrage im Dezember 2009 über die Freizeitgestaltung einiger Kolleginnen und Kollegen des Finanzamts FuSt, denn diese hatten doch tatsächlich ihre Freizeit für einen Tagesausflug nach Leipzig in Anspruch genommen. Lehmann erkündigte sich u.a. tendenziös nach den Dienst-befreiungen der Berliner Finanzämter. Eine gleichlautende zweckgefärbte Nachfrage hatte Lehmann übrigens bereits für das Finanzamt FuSt schon im Jahre 2008 gestellt!

Das Instrument der „Kleinen Anfragen“ im Berliner Parlament sollte sinnvoll und nicht als „Beschäftigungsprogramm“ genutzt werden. Es gibt genug Themen in der Berliner Steuerverwaltung, die parlamentarisch, sachlich und kritisch nachgefragt und aufbereitet werden könnten, z. B. die mangelnde IT-Un-terstützung der Finanzämter, der Personal-abbau unterhalb der Personal-bedarfsberechnung, die andauernden Umorganisationen, die Steuerausfälle durch Schwarzarbeit und fehlende Prüfungen.

Wenn es dem Abgeordneten wirklich um die Effizienz in der Berliner Steuer-

>>> Seite 73

Anzeige

„psd...weiterragen!“

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

Ihre Bank
in Berlin



Die PSD Bank ist eine beratende Direktbank für Privatkunden in Berlin und Brandenburg. Vor mehr als 135 Jahren gegründet, hat sie heute über 82.000 zufriedene Kunden.

Beste Konditionen – und fair

Unsere Mitglieder und Kunden fördern wir mit bestmöglichen Konditionen, individuellem Service und persönlicher Beratung. Und: Unsere guten Konditionen gelten für alle! Wo andere mit Lockangeboten versuchen, „frisches“ Geld ins Haus zu holen, bieten wir allen unseren Kunden gleich gute Bedingungen.

Unsere guten Leistungen sind dauerhaft: So wurde unser

PSD GiroDirekt –

das Gehaltskonto, das mitverdient.

Zinsen ab dem ersten Cent, kostenlose Kontoführung mit BankCard und PSD MasterCard.

An über 18.200 Geldautomaten kostenlose Bargeldverfügungen. Und dazu der äußerst günstige PSD DispoKredit.



PSD GiroDirekt 2007 im 3. Jahr in Folge einer der Testsieger der Stiftung

Warentest. Auch unsere Angebote für Geldanlagen und Kredite finden Sie in Produktvergleichen oft an der Spitze.

Wir beraten persönlich

Wir sind für Sie per Telefon erreichbar – an sieben Tagen in der Woche. Auch online, per Fax oder Post und in unserem Beratungszentrum stehen wir Ihnen zur Verfügung. Auf Wunsch besuchen Sie unsere Finanzberater auch gern zu Haus. Mit 14 weiteren selbstständigen PSD Banken gehören wir dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) an und sind Mitglied im Einlagensicherungsfonds des BVR.

Weitere Informationen und tagesaktuelle Konditionen erhalten Sie unter www.psd-berlin-brandenburg.de

Oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gern:
Telefon (030) 850 82-550

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG
Handjerystraße 34-36
12159 Berlin (Friedenau)

M48, M85, 186, 246
U9 Friedrich-Wilhelm-Platz
S1 Friedenau

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



Herr Lehmann

- Literatur und Wirklichkeit -

Seite 72 >>>

verwaltung gehen würde, wären die „Kleinen Anfragen“ anders formuliert. So aber dienen diese „Kleinen Anfragen“ offenbar in erster Linie dem Nachweis der Abgeordnetentätigkeit des Herrn Lehmann (www.fdp-fraktion-berlin.de). Wenn auch diese Initiativen und Aktivitäten des Abgeordneten mehrmals ins Leere gingen - sie beanspruchen für Antworten im Parlament darüber hinaus Arbeitszeiten von Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern und in der Senatsverwaltung, die sicher zweckmäßiger genutzt werden könnten.

Der Abgeordnete Lehmann wäre gut beraten, als FDP-Sprecher für Arbeit, Soziales, Senioren, Migration und Frauen im Abgeordnetenhaus sich mit seinen eigent-

lichen parlamentarischen Aufgaben zu beschäftigen. Lehmann hat in den letzten beiden Jahren insgesamt 43 „Kleine Anfragen“ gestellt; 22 davon beschäftigten sich mehr oder weniger tendenziös und populistisch ausschließlich mit der Berliner Finanzverwaltung (siehe Kasten). Die Kolleginnen und Kollegen in der Senatsverwaltung für Finanzen noch in den Finanzämtern fühlten sich durch diese „Kleinen Anfragen“ sachkundig vertreten.

Es ist zu erwarten, dass Lehmann sich nach der Romanfigur „Herr Lehmann“ (siehe Zitat) weiterhin inszeniert und nicht als verantwortungsbewusster Volksvertreter im Berliner Parlament handelt.

Bis zu den Wahlen 2011 wird er wohl weiterhin nerven, der Herr Lehmann!

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Rainer-Michael Lehmann (FDP) vom 1. Dezember 2009 und **Antwort**

Alle Jahre wieder... - Dienstfrei für feiernde Finanzbeamte Teil II

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Trifft es zu, dass derzeit im Finanzamt für Fahndung und Strafsachen für Mittwoch, den 09.12.2009, ein ganztägiger „Weihnachtsausflug“ (Besuch des MDR Studios in Leipzig mit Mittagessen, anschließend Besuch des Weihnachtsmarktes) angeboten wird?

Zu 1.: Es trifft zu, dass ein solcher Ausflug von einer der in der Steuerverwaltung vertretenen Gewerkschaften angeboten wird. Für den Ausflug wird aber keine Dienstbefreiung gewährt und ist im Übrigen auch nicht beantragt worden.

2. Trifft es zu, dass die Deutsche Steuerwerkschaft in einem aktuellen Flugblatt ankündigt, „künftig“ mit den Dienstkräften des Finanzamtes für Fahndung und Strafsachen, den „einen oder anderen Tagesausflug“ machen zu wollen?

Zu 2.: Dem Senat sind nicht alle Flugblätter und Absichten von Gewerkschaften bekannt. Gewerkschaften haben aber ohne Zweifel das Recht, Ausflugsfahrten anzubieten.

3. Werden auch in anderen Finanzämtern künftig während der Arbeitszeit „die einen oder anderen Tagesausflüge“ stattfinden?

Zu 3.: Siehe Antwort zu 2.

4. Wird der Vorsteher des Finanzamtes für Fahndung und Strafsachen darüber hinaus auch in diesem Jahr wieder ein Zeitguthaben von 48 Einheiten (= halber Tag) denjenigen Dienstkräften gewähren, die an einem Weihnachtsessen o. ä. der einzelnen Sachgebiete des Finanzamtes teilnehmen?

Zu 4.: Nein.

5. Findet darüber hinaus im Finanzamt für Fahndung und Strafsachen eine Finanzamts-Weihnachtsfeier statt?

Zu 5.: Nein.

6. Finden darüber hinaus im Finanzamt für Fahndung und Strafsachen Weihnachtsfeiern von einzelnen Arbeitsgruppen, Frühstücksrunden o. ä. statt?

Zu 6.: Vermutlich.

7. Hält der Senat von Berlin eine Vielzahl von z. T. - ganztägigen - Weihnachtsfeiern in Berliner Finanzämtern angesichts des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes und der Gefahr des Arbeitsplatzverlustes, mit der Beschäftigte außerhalb der Beamten-schaft verstärkt leben müssen, für vertretbar?

Zu 7.: Die in der Fragestellung liegende Unterstellung kann so weder bestätigt noch bewertet werden.

Berlin, den 17. Dezember 2009
In Vertretung
Dr. Christian Sundermann
Senatsverwaltung für Finanzen

Kleine Anfragen des FDP-Abgeordneten Rainer Michael Lehmann (22 von insgesamt 43 in den beiden letzten Jahren)

01.12.2009	Alle Jahre wieder... - Dienstfrei für feiernde Finanzbeamte Teil II
30.11.2009	Wie krank ist das Finanzamt? Teil IV
19.11.2009	Kaum Zeit für die Arbeit bei der Steuerfahndung?
15.07.2009	Wie effizient arbeitet die Steuerfahndung wirklich? (Teil II)
19.05.2009	Finanzamt is watching you - Umfang der Kontoabfragen durch die Berliner Finanzämter
10.02.2009	Unternehmensberater für das Finanzamt?
10.02.2009	Mit Rotation zu einem besseren Betriebsklima im Finanzamt?
02.12.2008	Arbeitet das Finanzamt für Fahndung und Strafsachen kostendeckend? (Nachfrage zur Drs.: 16/12458)
02.12.2008	Extrawurst für feiernde Finanzbeamte?
02.12.2008	Ausschreibungs- und Beförderungspraxis beim Finanzamt für Fahndung und Strafsachen
02.12.2008	Führt das Arbeitsklima beim Finanzamt zu psychischen Problemen?
11.11.2008	Hausverbot für Mitarbeiter in Berliner Finanzämtern (II) (Nachfrage zu Drs. 16/12504)
04.11.2008	Sind die Beförderungsentscheidungen der Finanzverwaltung rechtmäßig?
02.09.2008	Hausverbote für Mitarbeiter in Berliner Finanzämtern
02.09.2008	Leere Büros im Finanzamt (II)?
29.08.2008	Wie krank ist das Finanzamt (III)
29.08.2008	Sind die Bordellbesuche durch das Finanzamt finanziell sinnvoll? (Im Nachgang zu 16/12090)
17.06.2008	Leere Büros beim Finanzamt?
03.06.2008	Finanzämter mit Inbetriebnahme der Computersoftware EOSS abgestürzt?
29.04.2008	Überstunden beim Finanzamt
15.04.2008	Wie krank ist das Finanzamt II?
22.01.2008	Weihnachtliche Harmonie zwischen Staatsanwaltschaft und Finanzamt?

Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettobezüge

7,99 % p. a.²⁾

1) Bei entsprechender Bonität
2) Kondition freibleibend
3) Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteingang)

0,
Euro

Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit unserer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank unserer langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir auch heute bevorzugter Partner von Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung und BankCard
- Regelmäßiger und kostenfreier Ratgeber „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“
- Regelmäßiger E-Mail-Newsletter
- Bequemer Kontowechsel für Ihr bisheriges Konto
- Kostenfreie Bargeldversorgung an allen Geldautomaten der BBBank sowie an über 2.500 Geldautomaten unserer CashPool-Partner
- Kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten an über 18.000 Geldautomaten des genossenschaftlichen BankCard ServiceNetzes.

+ Abruf-Dispokredit^{1) 3)}

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge, Mindestrahmen 5.000,- Euro

+ 0,- Euro Depot³⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

Jetzt informieren:

Maike Hanke, Kundenberaterin Öffentlicher Dienst
Mobil 01 72/6 79 74 73, E-Mail maike.hanke@bbbank.de
www.bezuegekonto.de

+ 30,- Euro Startguthaben über das

 **dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



BB  **Bank**

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Beihilfebearbeitung weiterhin in der Kritik

Die Zentrale Beihilfestelle beim Landesverwaltungsamt kommt nicht aus der Kritik heraus. Kolleginnen und Kollegen beklagen nach wie vor die langen Bearbeitungszeiten. Darüber hinaus steigt die Zahl der Widersprüche gegen die Beihilfefestsetzungen. Der Kundenservice der Beihilfestelle war Gegenstand einer kleinen Anfrage der CDU-Abgeordneten Stefanie Bung im Berliner Abgeordnetenhaus:

Kleine Anfrage der Abgeordneten Stefanie Bung (CDU) vom 26. Oktober 2009 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Oktober 2009) und Antwort Keine Hilfe durch Beihilfe? - Teil VII -

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie stellt sich der Vergleich von eingegangenen und bearbeiteten Beihilfeanträgen im Zeitraum April 2009 bis 30. September 2009 dar (in Zahlen und grafisch, analog der Kleinen Anfrage, Drs. 16/13 301)?

Zu 1.: Monat	Eingegangene Anträge	-	bearbeitet
30.03. - 05.04.2009	7.373		7.663
06.04. - 12.04.2009	8.019		4.389
13.04. - 19.04.2009	6.405		4.995
20.04. - 26.04.2009	8.740		6.991
27.04. - 03.05.2009	6.517		4.843
04.05. - 10.05.2009	8.927		7.685
11.05. - 17.05.2009	7.969		7.316
18.05. - 24.05.2009	6.743		4.405
25.05. - 31.05.2009	6.898		9.544
01.06. - 07.06.2009	6.477		6.907
08.06. - 14.06.2009	7.881		9.722
15.06. - 21.06.2009	7.192		9.336
22.06. - 28.06.2009	6.983		9.766
29.06. - 05.07.2009	6.293		8.952
06.07. - 12.07.2009	8.964		7.362
13.07. - 19.07.2009	9.707		6.575
20.07. - 26.07.2009	9.053		6.545
27.07. - 02.08.2009	7.234		6.891
03.08. - 09.08.2009	6.620		7.587
10.08. - 16.08.2009	6.728		6.899
17.08. - 23.08.2009	6.062		6.997
24.08. - 30.08.2009	5.539		7.426
31.08. - 06.09.2009	6.472		7.212
07.09. - 13.09.2009	6.653		6.705
14.09. - 20.09.2009	6.636		6.818
21.09. - 27.09.2009	6.213		7.074
28.09. - 04.10.2009	6.305		7.108

2. Wie stellen sich die Bearbeitungszeiten für Beihilfeanträge im Zeitraum April 2009 bis 30. September 2009 dar (in Zahlen und grafisch, analog der Kleinen Anfrage, Drs. 16/13 301)?

Zu 2.: Zeitpunkt	Bearbeitungszeit in Arbeitstagen
04.04.2009	15
11.04.2009	18
18.04.2009	17

25.04.2009	22
30.04.2009	19
09.05.2009	20
16.05.2009	22
23.05.2009	25
30.05.2009	24
06.06.2009	25
13.06.2009	24
20.06.2009	24
27.06.2009	21
03.07.2009	20
10.07.2009	24
17.07.2009	24
24.07.2009	24
31.07.2009	25
07.08.2009	24
14.08.2009	26
21.08.2009	28
28.08.2009	30
04.09.2009	31
11.09.2009	33
18.09.2009	34
25.09.2009	35

Per 30. Oktober 2009 konnte die Bearbeitungszeit auf 23 Arbeitstage reduziert werden.

3. Wie viele unbearbeitete Beihilfeanträge gab es zum 30. September 2009?

Zu 3.:
Es gab zum 30. September 2009 rund 31.500 unbearbeitete Beihilfeanträge.

4. Wie ist die Beihilfestelle per 30. September 2009 organisiert (bitte Organigramm mit Anzahl der Mitarbeiter und Stellenbewertung gem. Haushaltsplan), und wie sind die in Beantwortung meiner Kleinen Anfrage, Drs 16/12 491, unter Ziffer 8 beschriebenen Arbeitsprozesse zuzuordnen?

Zu 4.:
Seit dem 20. Mai 2009, an dem diese Frage als Bestandteil Ihrer Kleinen Anfrage Nr. 16/ 13 301 vom 16. April 2009 beantwortet wurde, haben sich keine Änderungen ergeben.

5. Wie wurde bzw. wird der überproportionale Antragszugang im Monat Januar bei der Arbeitsorganisation berücksichtigt?

Zu 5.:
Die Bearbeitungskapazität der Beihilfestelle reicht insgesamt aus. Angesichts der saisonal stark schwankenden Eingangszahlen stimmt das Landesverwaltungsamt Berlin zurzeit ein Konzept zur Flexibilisierung

6. Wie hoch war der Krankenstand in der Beihilfestelle im Monat September 2009 absolut und relativ?

Zu 6.:
Von insgesamt im Monat September zur Verfügung stehenden 2.202 Arbeitstagen in der Beihilfestelle standen 260 Arbeitstage wegen Krankheit nicht zur Verfügung. Damit lag der Krankenstand bei der Beihilfestelle im Monat September bei rund 13 %.

7. Wurden in die Zielvereinbarungen für die Beihilfestelle inzwischen gemäß § 2 Absatz 2 Verwaltungsreform-GrundsätzeGesetz (VGG) auch Kostenziele (bereitstellende Ressourcen unter Ausweis der Personalkosten/ Stellenäquivalente) vereinbart, um der Beihilfestelle eine Planungssicherheit zu geben, ggf. welche bzw. warum wird die gesetzliche Vorgabe weiterhin missachtet?

Zu 7.:
Zurzeit werden die Zielvereinbarungen für das Jahr 2010 vorbereitet. Ansonsten gibt es keine Veränderungen gegenüber den hierzu zu Ihrer Kleinen Anfragen Drs. 16/ 13022 vom 6. Februar 2009 dargestellten Sachverhalten und Begründungen.

Berlin, 11. November 2009

Dr. Ehrhart Körting
Senator für Inneres und Sport
(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 7. 12.2009)

DSTG-Mitgliederleistungen . . .

Beispiel

Serviceleistungen der DSTG

„Informationen, Beratung und Rechtsschutz zum Thema „BEM“

Informationen und Beratung zum „Betrieblichen Eingliederungsmanagement“ erhalten DSTG-Mitglieder beim DSTG-Landesverband Berlin. Interessierte Mitglieder erhalten Auskunft beim DSTG-Landesverband Berlin unter der Telefonnummer: 030 21473040.

Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!

DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Ausgefüllt bitte an die DSTG-Berlin senden:

**Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Berlin
Motzstraße 32**

FAX: 030 21473041

10777 Berlin

Ja, ich werde Mitglied und erkläre meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - LV Berlin - mit Wirkung vom 2010.

Name: Vorname: Geburtsdatum:

Anschrift:

Telefon privat: E-Mail privat:

Dienststelle: Telefon dienstl.:

Besoldungsgruppe: A Vergütungsgruppe: BAT/-O teilzeitbeschäftigt: % seit:

Steueranwärter/in seit: Finanzanwärter/in seit:

Hiermit ermächtige ich - jederzeit widerruflich - die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - Landesverband Berlin - die satzungsgemäßen Beiträge vierteljährlich zum 15.02., 15.05. 15.08. und 15.11 jedes Jahres zu Lasten meines Kontos bei(m)

Bankleitzahl: Kontonummer:

einziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht keine Verpflichtung zur Einlösung. Dadurch verursachte Mehrkosten gehen zu meinen Lasten. Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit der obigen Angaben.

....., den

(Unterschrift)